

## Protest gegen "Mülltourismus"



NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Bündnis 90/Grüne) sieht keine Chance, die Lagerung der Bohrschlämme auf der Deponie in Hürth-Knapsack zu verhindern.  
Foto: Florian Sander

Nach aktuellen Medienberichten werden belastete Abfälle aus Niedersachsen auf die Sonderdeponie nach Hürth-Knapsack verbracht und dort endgelagert. Aktuell soll es sich unter anderem um Quecksilber- und Arsenhaltigen Bohrschlamm aus der Erdöl- und Gasförderung handeln. In der Region formiert sich Widerstand in einer großen Koalition.

HÜRTH/ERFTSTADT. Selten zuvor waren sich Vertreter von SPD und CDU in den letzten Jahren so einig, wie in diesen Tagen: "Wir wollen hier nicht zur Müllhalde der Republik werden", wird der Hürther Willy Zylajew als Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion zitiert.

Nach Informationen des Hürther SPD-Politikers Klaus Lennartz sollen insgesamt rund 330.000 Tonnen kontaminierte Stoffe und belastete Schlämme aus Niedersachsen nach Knapsack gebracht und deponiert worden sein - das entspreche der Ladung von 9.000 LKW!

Bereits Anfang 2009 hatte Remondis die Deponierung hochproblematischer Abfälle in Knapsack geplant, nahm damals nach vehementen Protesten aus Kommunalpolitik und Bevölkerung allerdings wieder Abstand davon - es handelte sich seinerzeit nach Angaben eines Remondis-Sprechers um "leicht radioaktiven Bodenaushub" - also um kontaminierte Erde. Das soll jetzt anders sein. Remondis gibt an eine Genehmigung für die Lagerung der Abfälle auf der Deponie zwischen Hürth und Knapsack zu haben. Problem für die Verantwortlichen vor Ort: Sie haben gar keinen Einfluss, der Rhein-Erft-Kreis ist in diesem Fall nämlich nicht als zuständige Genehmigungsbehörde gefragt. Und NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Bündnis 90/Grüne) macht Lennartz und Zylajew wenig Hoffnung für deren Protest: NRW sei verpflichtet diese Abfälle zu deponieren, weil hier entsprechend "sichere" Deponien vorhanden seien.

"Das wirft für uns im Rhein-Erft-Kreis natürlich eine Reihe weiterer Fragen auf. Ich habe mich deshalb jetzt an den auch für Umweltfragen zuständigen Kreisbaudezernenten Berthold Rothe gewandt um zu erfahren, ob dem Kreis Erkenntnisse darüber vorliegen, wohin der damals ursprünglich für die Deponie Knapsack vorgesehene "radioaktive Bodenaushub" letztlich verbracht worden ist und ob es Nachweise darüber gibt", lässt Lennartz nicht locker.

Weitere Fragen in diesem Zusammenhang sind: Ist auszuschließen, dass der hier in Rede stehende "Bodenaushub" inzwischen doch in Knapsack deponiert wurde?

Wird der Rhein-Erft-Kreis von der genehmigenden Behörde über das Ausmaß des Mülltourismus informiert und hat der Kreis Kenntnis von Umfang und stofflicher Zusammensetzung der hier deponierten problematischen Abfälle?

Für den SPD-Politiker ist es "absolut unverständlich, dass wir im Land NRW aus ökologischen Gründen auf Fracking verzichten, möglicherweise aber die bei diesem Verfahren entstehenden Schadstoffe wie kontaminierten Bohrschlamm aus Bundesländern importieren, die Fracking zulassen."

"Kollege" Willi Zylajew geht davon aus, "dass die rechtlichen Vorschriften eingehalten werden und die Klassifizierungen der Abfälle stimmen". Trotzdem findet der CDU-Politiker "den Vorgang nicht in Ordnung", wie er schreibt. Es könne nicht im Sinne der Region sein, Abfälle aus ganz Europa auf die drei Deponien im Kreis zu verfrachten, "nur um dem Deponiebetreiber ein gutes Wirtschaftsergebnis zu ermöglichen". Und Zylajew legt noch nach: "Offensichtlich ist dem jetzigen Deponiebetreiber hier das Gefühl verloren gegangen, was bei dem Vorgängerunternehmen stets vorhanden war."

Die Politiker der Region sind sich einig: "Der Rhein-Erft-Kreis darf nicht zur Giftmülldeponie der Republik verkommen - wir werden uns entschieden gegen solchen Mülltourismus zur Wehr setzen!"

*Letzte Änderung: Dienstag, 08.03.2016 14:17 Uhr*